

UMWELT

Ein Sündenkonto für jedermann

Wie schaffen wir globale Gerechtigkeit in der Klimapolitik? Statt Großkonzerne und Staaten in die Pflicht zu nehmen, sollten wir beim luftverschmutzenden Individuum ansetzen. Wer mehr als 2500 Kilogramm CO₂ pro Jahr emittiert, muss zahlen. Ein Vorschlag

VON Olaf L. Müller | 11. Oktober 2008 - 05:19 Uhr

Es ist nicht mehr lange hin bis zum nächsten Klima-Marathon in Kopenhagen Ende 2009. Hinter den Kulissen feilen Politiker und Sachverständige an Verhandlungstaktiken, Propagandastrategien und Kompromisslinien. In der Zwischenzeit möchte ich Sie einladen, einen Schritt zurückzutreten und sich folgende Fragen zu stellen: Wie müsste eine faire Lösung des Klimaproblems aussehen? Wie sollten wir Pflichten und finanzielle Lasten der nötigen CO₂-Reduktionen verteilen, wenn es dabei gerecht zugehen soll und keiner übervorteilt werden darf?

Was bislang zur Gerechtigkeit unter Luftverschmutzern gesagt wurde, ist unbefriedigend. Wer etwa in der chaotischen Debatte um Grenzwerte für den europäischen Straßenverkehr nach Gerechtigkeit gesucht hat, verlor schnell den Überblick. Doch wozu der ganze Streit? Grenzwerte für Autos sind dem Klima gleichgültig. Wer mit dem sparsamsten Auto herumfährt wie ein Irrer, schadet dem Klima mehr als der Besitzer einer Luxuslimousine, die in der Garage bleibt. Nicht die Autos sind das Problem, die Autofahrer sind es. Aber nicht nur die – jedermann trägt zu dem Problem bei: der Bahnfahrer und der Fluggast genauso wie der, der seine Wohnung heizt. Die Bösen sind nicht die anderen, sondern wir alle, die Konsumenten. Ob wir unseren Tank leerfahren, ob wir Kiwis verzehren, die von Neuseeland angefliegen kommen, oder einander Tulpen aus Afrika schenken – es zählt jedes Gramm CO₂, das wegen unserer unzähligen kleinen Einzelentscheidungen in die Luft geblasen wird. Und jedes Gramm zählt gleich viel, denn ein Gramm CO₂ ist ein Gramm CO₂.

Für Inder und Chinesen sollte dieselbe Regelung gelten wie für uns

Wer hier Gerechtigkeit schaffen will, steht vor einer ungeheuren Aufgabe. Er müsste nicht nur einen fairen Ausgleich zwischen viel fahrenden Smart-Besitzern, schnell fahrenden Golf-Besitzern und wenig fahrenden Porsche-Besitzern schaffen, sondern auch zwischen dem Tulpen liebenden Bahnpendler mit hoch geheizter Altbauwohnung und dem, der auf Mallorca überwintert und seiner Vorliebe für neuseeländische Kiwis frönt. Angesichts dieses Durcheinanders lässt sich kaum definitiv ermitteln, ob sich die vielen Verordnungen und Pläne aus dem neuesten Klimaprogramm der Bundesregierung dazu eignen, die Lasten

der CO₂-Reduktionen gerecht zu verteilen. Kann schon sein, dass sie sich eignen. Die Wahrscheinlichkeit dafür ist geringer als die für sechs Richtige im Lotto.

Wenn wir gedanklich anders ansetzen, wird es schlagartig einfach: Jeder Mensch hat das Recht, genauso viel CO₂-Emissionen zu verursachen wie jeder andere. Das gilt für Chinesen und Inder so wie für uns. Und zwar ab sofort! Den ersten Teil dieses Grundsatzes (»jeder Mensch«) übernehme ich von Angela Merkel. Mit dem zweiten Teil (»ab sofort«) gehe ich weit über das hinaus, was Merkel gesagt hat. Ab sofort heißt: vom 1. Januar 2013 an, dem anvisierten ersten Geltungstag der Nachfolgeregelung von Kyoto. Dass ich damit keine Stürme der Begeisterung auslöse, weiß ich. Das Publikum staunte schon bei Merkels mutigem Plädoyer – obwohl sie die Sache nur langfristig anpacken will.

Zwar müssen wir die Bundeskanzlerin loben, weil sie sich als erster Regierungschef eines reichen Industrielandes darauf festgelegt hat, dass jedem Erdenbürger genau dieselben CO₂-Emissionen pro Jahr zustehen. Tadeln müssen wir sie aber, weil sie die weltweite CO₂-Gerechtigkeit erst für das Jahr 2050 anvisiert. Das ist ungefähr so, als ob ein Mann den Verfechterinnen des Frauenwahlrechts entgegnet hätte: »Zugegeben, das augenblickliche Wahlrecht ist ungerecht – ich schlage vor, wir ändern es später; sagen wir, in zweiundvierzig Jahren.«

In zweiundvierzig Jahren ist die Hälfte von uns tot. Wer also beim CO₂-Problem die faire Verteilung der Lasten und Pflichten auf das Jahr 2050 vertagt, stellt für die meisten der jetzt lebenden Menschen keine Gerechtigkeit her. Doch wenn wir die Lasten ab sofort fair verteilen wollen, so wird denjenigen am meisten aufgebürdet, die pro Kopf überdurchschnittlich viel emittieren. Das sind wir – die Bewohner des reichen Nordens. Am schärfsten würde es die Amerikaner treffen. Jedes Jahr emittieren sie pro Kopf 20.100 Kilogramm, das ist ungefähr doppelt so viel wie der deutsche Durchschnitt. Wir Deutschen emittieren aber immer noch ungefähr doppelt so viel wie der durchschnittliche Erdenbürger, auf dessen Konto 4400 Kilogramm CO₂ gehen. Das wiederum ist doppelt so viel CO₂, wie die Erde nach Ansicht der Fachleute in den nächsten Jahrzehnten verkraftet: 2000 bis 3000 Kilogramm pro Kopf und Jahr (beim jetzigen Stand der Weltbevölkerung).

Diese wenigen Zahlen erklären, warum die Kanzlerin vorsichtshalber davon abgesehen hat, vorzuschlagen, die Lasten der CO₂-Reduktionen ab sofort fair zu verteilen. Denn wenn wir unseren CO₂-Ausstoß von einem Jahr aufs nächste vierteln sollen, dann verpassen wir unserer Wirtschaft einen ungeheuren Schock, den nicht viele Unternehmen und Arbeitsplätze überleben würden. Heißt das, dass wir keine Klimagerechtigkeit gewähren können, ohne volkswirtschaftlich Selbstmord zu begehen? Gemach; ich gehöre nicht zu den ökologischen Antikapitalisten, denen ein Bankrott der kapitalistischen Volkswirtschaften am liebsten wäre. Nein, wenn es schon gerecht zugehen soll, dann unter möglichst geringen Wohlstandsverzichten und ohne Harakiri. Also können wir nicht verlangen, dass der ökologisch vertretbare Grenzwert von heute auf morgen erreicht wird. Noch sind wir weit davon entfernt, den CO₂-Anteil in der Atmosphäre abzusenken. Er steigt, und dieser

Anstieg beschleunigt sich zurzeit. Dem Global Carbon Project zufolge stieg der CO₂-Anteil in der Atmosphäre 2006 um 1,8 ppm (Teile CO₂ je eine Million Teile Luft), im Jahr 2007 bereits um 2,2 ppm. Es wäre einstweilen viel gewonnen, wenn wir diesen Trend stoppen könnten, ohne Inder und Afrikaner zu übervorteilen.

Das alles bedeutet: Jeder Mensch hat bis auf Weiteres das Recht, genau die augenblickliche Durchschnittsemission pro Erdenbürger zu verursachen. Allerdings wäre es keine gute Idee, Klimagerechtigkeit dadurch herzustellen, dass Inder und Afrikaner anfangen, so viel CO₂ zu emittieren wie wir. Was sollen sie mit den Emissionsrechten anfangen, die ihnen billigerweise zukommen? Die Antwort ist einfach: Sie verkaufen uns diese Rechte als Zertifikate zu einem fairen Preis. Der ergibt sich aus weltweiter Nachfrage und weltweitem Angebot.

198 nationale Zertifikatsbanken sind überflüssig. Eine Börse für alle reicht

Unter diesen Beschränkungen des CO₂-Angebots müssten zum Beispiel Deutsche für gut die Hälfte der Emissionen bezahlen, die sie durch ihr Konsum- und Produktionsverhalten verursachen. Gesteuert werden diese Zahlungen durch eine weltweite CO₂-Börse, an der fein gestückelte CO₂-Zertifikate gehandelt werden. Wer fossile Brennstoffe verfeuern will, muss schon bei deren Erwerb die entsprechende Zahl an Zertifikaten dazukaufen. Eine Studie der Welthandelsorganisation aus den Jahren 1998/99 hat gezeigt, wie einfach sich so was organisieren lässt – weit weniger bürokratisch als die Organisation nach dem Regelgewirr des Kyoto-Protokolls.

Mein Vorschlag unterscheidet sich drastisch vom Regime der CO₂-Zertifikate, das die EU derzeit betreibt. Einerseits will ich die Zertifikate nicht verschenken und schon gar nicht an diejenigen, die bislang besonders viel emittiert haben. Andererseits sollen alle Verbraucher fossiler Brennstoffe in den Handel mit Zertifikaten einbezogen werden, nach einheitlichen Spielregeln. Unter dem Regime der EU soll dagegen etwa der Straßenverkehr nach anderen Regeln CO₂ einsparen als ein Kohlekraftwerk, das den Strom für die ICE-Züge erzeugt – aus unerfindlichen Gründen.

Was ich vorschlage, ähnelt den Ideen des ehemaligen Umwelt-Staatssekretärs Lutz Wicke. Doch wer sich in dessen Konzept *Kyoto Plus* vertieft, wird konsterniert den Kopf schütteln. Zwar setzt auch Wicke (genau wie die Kanzlerin) auf weltweit gleiche Pro-Kopf-Emissionen. Aber sein Konzept ist so gestrickt, dass von diesem schönen Ziel nicht viel übrig bleibt: Eine Weltzertifikatsbank teilt jedem Land pro Kopf genau dieselbe Zahl an Zertifikaten zu: Länder wie Indien kriegen mehr, als sie brauchen, und *müssen* die überschüssigen Zertifikate zu einem Festpreis von 0,2 Cent pro Kilogramm abgeben – an diejenigen Länder, die überdurchschnittlich emittieren. Ein schönes Schnäppchen für Klimasünder. Und woher hat Wicke den Festpreis von 0,2 Cent? Es ist der Preis, den er uns gerade noch zumuten zu können glaubt. Doch wer Festpreise diktiert, schlägt Marktsignale in den Wind und verschenkt die Chance, Investitionen dahin zu lenken, wo sie sich am meisten lohnen. Das ist Planwirtschaft. Es ist die Enteignung derer, denen man

eine Sekunde vorher großzügig gleiche Emissionsrechte verhiel. Ich schlage dagegen vor, dass weltweit jedermann beim Kauf und Verkauf der Zertifikate genau gleich behandelt wird, und zwar nach den Spielregeln von Angebot und Nachfrage. Sonderpreise je nach Wohnort darf es nicht geben.

Bei *Kyoto Plus* kommt es noch krasser. Nationale Zertifikatsbanken sollen die Zertifikate vor Ort, nach Bedarf im Vorjahr verteilen. Weshalb aber sollen ausgerechnet diejenigen, die bislang viel emittiert haben, dafür auch noch mit künftig hohen Zuteilungen belohnt werden? Das ist weder gerecht noch effizient. Abgesehen davon finde ich 198 nationale Zertifikatsbanken überflüssig. Warum so kompliziert? Eine einzige Börse für alle reicht.

Wickes Denkmuster ist in nationalstaatlichen Kategorien gefangen. Der Klimawandel jedoch ist ein globales Problem – ein Problem, in dem eine Welt lauter einzelnen Menschen gegenübersteht. Staaten sind für dies Problem irrelevant. Sehen wir nur, was bei *Kyoto Plus* aus dem Geld werden soll, das beim Verkauf der Zertifikate zusammenkommt: Im Rahmen eines globalen Marshallplans heckt jedes Entwicklungsland einen eigenen nationalen ökosozialen Marshallplan aus mit Projekten zur Armutsbekämpfung, zur Förderung klimafreundlicher Entwicklung und so weiter. Alles sehr schön – aber nicht marktwirtschaftlich. Der globale Marshallplan ist die Planung der Pläne!

Dagegen schlage ich vor: Das gesamte Geld, das durch die Versteigerung der Zertifikate zusammenkommt, wird in regelmäßigen Abständen und ohne Abzüge an jeden einzelnen Menschen ausgezahlt – an *Menschen*, nicht an Staaten. Jedermann soll gleich stark von den Erlösen der Weltbörse für CO₂ profitieren.

Fürchten Sie, dass mein Vorschlag die Bürokratie wuchern lässt? Keine Sorge. Um die Erlöse auszuzahlen, brauchen wir keine bürokratische Hierarchie. Anders als beim globalen Marshallplan wird es kein Antragswesen geben, keinen Papierkrieg, keine Formulare, keine Entscheidungen von irgendwem – nur die Auszahlung gegen Fingerabdruck am Computer des Geldlastwagens. Dafür ist weltweit weniger Personal nötig als bei einer humanitären Intervention in irgendeinem kleinen Balkanland.

Wie teuer wird das alles? Hier ein grober Anhaltspunkt. Zurzeit kosten Klimaprojekte circa 2 Cent je vermiedenes Kilo CO₂. Das markiert bis auf weiteres die rationale Obergrenze des Marktpreises für Zertifikate. Kein vernünftiger Mensch wird mehr als zwei Cent für ein Zertifikat bezahlen, wenn er sich stattdessen für zwei Cent von seiner CO₂-Bürde befreien kann. Für Deutsche läuft das auf durchschnittlich 120 Euro pro Kopf und Jahr hinaus. Die individuellen Kosten können allerdings weit niedriger liegen – oder weit höher, je nach Verhalten. Wer viel herumfährt, ein riesiges Haus hat ohne hinreichende Wärmedämmung und wer dies Haus mit Öl mollig warm heizt, für den wird es teurer als 120 Euro im Jahr. Wer Rad fährt und Solarzellen auf dem Dach hat, für den wird's billiger. Und die Bewohner Indiens bekämen Geld für 80 Prozent der CO₂-Rechte, die ihnen insgesamt

zustehen, geschätzt: Immerhin 80 Euro pro Kopf und Jahr, bar auf die Hand. Ich vertraue darauf, dass sie selbst am besten wissen, was sie damit anfangen sollen.

Hat etwa jemand Angst vor einer Marktlösung – jetzt, da die bösen Spekulanten das Weltfinanzsystem fast in den Kollaps getrieben haben? Was geschähe, so wird sich vielleicht mancher fragen, wenn dieselben Spekulanten CO₂-Zertifikate horteten, um sie später mit Gewinn zu verscherbeln? Schön wär's. Wer CO₂-Zertifikate vom Markt nimmt, erweist der Natur einen Dienst. Sie müsste einstweilen weniger CO₂ verkraften als ohne Spekulantentum. Eine Atempause täte ihr gut. Selbst wenn schnöde Gier dahintersteckt.

Olaf L. Müller hat an der Humboldt-Universität zu Berlin den Lehrstuhl für Naturphilosophie und Wissenschaftstheorie inne. Kürzlich erschien sein Buch »Moralische Beobachtung« (mentis Verlag, Paderborn 2008)

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 09.10.2008 Nr. 42, p. 53.

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2008/42/U-Klimagerechtigkeit>